

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Grotzasse Riesa Nr. 52.

Nr. 223.

Dienstag, 23. September 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Untertrens von Produktionsverteilungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Wrandschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zelttrauben- und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife, bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Lieferungsverträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditrich, Riesa.

Keine Entscheidung vor Ende dieser Woche.

Berlin. Wie wir von unrichtiger Seite erfahren, wird eine grundsätzliche Entscheidung des Reichskabinetts in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund nicht vor Freitag fallen, da inzwischen noch außerordentlich wichtige Einzelfragen erörtert werden müssen. Insbesondere liegt die Reichsregierung den größten Wert auf die Stellungnahme der Reichstagsparteien, deren Führer am Mittwoch oder Donnerstag vom Reichskanzler Dr. Marx und Außenminister Dr. Stresemann empfangen werden. Erst nach der Parteiführer-Besprechung wird das Reichskabinetts entscheidende Beschluß fassen.

In den Regierungskreisen herrscht kein Zweifel darüber, daß das Reichskabinetts in kürzester Frist einen offiziellen Schritt in der Völkerbundsfrage unternehmen muß, da die Völkerbundsmächte direkt auf eine Erklärung der deutschen Regierung warten. Es kann sich bei den bevorstehenden Entscheidungen nur darum handeln, in welcher Form dieser Schritt erfolgen soll. In dem maßgebenden Kreise verheißt man sich dabei keineswegs, daß die Reichsregierung mit großen innenpolitischen Widerständen zu rechnen haben wird.

Zunächst dürfte es feststehen, daß nicht alle deutschen Länder mit dem Eintritt einverstanden sein werden. Die Reichsregierung beabsichtigt daher, diesen Schritt nicht ohne Rücksichtnahme auf die Länder und mit dem Parlament zu unternehmen. Der Gang der Entscheidung dürfte ungefähr folgender sein. Nach der Veröffentlichung eines formaleren Beschlusses des Reichskabinetts werden zunächst die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Besprechung zusammen berufen werden, um ihre Ansicht über die weitere Behandlung der Frage zu erfahren. Dabei dürfte dann auch zur Sprache kommen, ob und wie weit es für angelegentlich gehalten wird, mit dem Eintritt in den Völkerbund zugleich die Forderung an die europäischen Länder zur Öffnung ihrer Archive zu verbinden, um die Kriegsschuldfrage ihrer Lösung entgegenzuführen. Dabei steht fest, daß einige Länder, wie Bayern, Mecklenburg und Thüringen erheblichen Widerstand geltend machen werden. Man rechnet jedoch bestimmt darauf, trotzdem die Zustimmung der Mehrheit der Länder zu erlangen. Im Parlament dürfte die beste Gelegenheit zur Erörterung dieser Frage die bereits seit langem vorliegende sozialdemokratische Interpellation über den Völkerbund bilden. In Regierungskreisen würde man es gern sehen, wenn diese Interpellation, falls bis dahin die Dinge so weit gediehen sind, auf die Tagesordnung des Reichstages gelegt und von dort der Regierung beantwortet würde. Den Schluß der Aussprache würde dann eine Abstimmung über ein von den Regierungsparteien eingebrachtes Vertrauensvotum bilden, das die Schritte der Reichsregierung nach dieser Richtung hin billigt.

Wie weit die Völkerbundsfrage mit den Verhandlungen über die Umbildung der Reichsregierung in Zusammenhang gebracht werden wird, dürfte von dem Ausgang der bevorstehenden Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern abhängen.

Reichstagszusammentritt schon Anfang Oktober.

Wie wir hören, dürfte die Einberufung des Reichstages erheblich vor dem bisher in Aussicht genommenen 15. Oktober und zwar bereits zu Anfang Oktober erfolgen. Der Reichstagspräsident hat bekanntlich in der letzten Reichstagsitzung bereits darauf hingewiesen, daß er erforderlichenfalls den Reichstag zu einem früheren Termin einberufen werde. Der Stand der Völkerbundsfrage sowohl, wie die unmittelbar bevorstehende Umbildung des Reichskabinetts machen diese Früherberufung jetzt nötig. Der genaue Termin dürfte kurz nach der auf die Kabinettsitzung erfolgenden Besprechung des Reichskanzlers mit den Parteiführern festgelegt werden.

Die Vorbereitungen eines englisch-deutschen Handelsvertrags.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, die Vorbereitungen für einen englisch-deutschen Handelsvertrag seien so weit gefördert, daß ein voller Entwurf, der von den Sachverständigen des Handelsamtes ausgearbeitet sei, bereits der deutschen Regierung mitgeteilt worden sei, und daß die Sachverständigen gegenwärtig die Bedingungen der Vorläufe einer genaueren Prüfung unterzögen. Die Ergebnisse dieser Prüfung würden mit der britischen Sonderkommission, welche diese Woche nach Berlin abreist, erörtert werden. Den Mittelpunkt des britischen Entwurfs bilde fast ausschließlich die Forderung nach Behandlung als meistbegünstigte Nation, ohne daß indes detaillierte Angaben gemacht würden. Die Tatsache, daß die britische Regierung einen solchen Entwurf hergestellt hat, ohne zuvor einen beratenden Ausschuss zur Verteidigung der Interessen der britischen Industrie einzuberufen und um Rat zu fragen, wird in Wirtschaftsreisen ausführlich kritisiert. Ein solcher Ausschuss werde vielleicht erst in Tätigkeit treten, wenn die Grundzüge, die den Vertrag beherrschten, bereits zwischen den beiden Regierungen vereinbart worden seien.

Der Sanftand für Gewerbe, Handel und Industrie fordert schiedsrichterliche Entscheidung. Berlin. (Funknachricht.) Die Einführung der 26%igen Reparationsabgabe durch Frankreich hat den Sanftand für Gewerbe, Handel und Industrie veranlaßt, bei der Reichsregierung um Verhinderung einer schiedsrichterlichen Entscheidung auf Grund des mit der Reparationskommission getroffenen Abkommens vorstellig zu werden, da durch die erneute Erweiterung des Sanftandes der Reparationsabgabe...

auch die deutschen Exportwerte eine Entziehung von etwa 300 bis 350 Millionen Goldmark, die an Devisen eingingen, im Jahre zu befürchten sei, ein Ausfall, der bei der letzten Lage der Handelsbilanz von der deutschen Wirtschaft nicht getragen werden könne und zwangsläufig der endgültigen Währungsgefährdung entgegenwirken müßte. Auch der deutsche Industrie- und Handelstag hat an die Reichsregierung die dringende Bitte gerichtet, alles zu versuchen, um diese französische Maßnahme rückgängig zu machen, zumindest aber eine Milderung der Abgabe in bar zu gewährleisten. Auf keinen Fall dürfe Frankreich die Abgabe als Repressalie bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen verwenden.

Die 26prozentige Reparationsabgabe an Frankreich.

Die Übertragung des englischen reparation recovery act auf Frankreich bedeutet vom politischen Standpunkt aus nicht nur einen unerfreulichen Anlaß für die Durchführung des Dawes-Gutachtens, sondern ist auch nach der Auffassung deutscher maßgebender Kreise aus formaljuristischen und aus materiellen Gründen nicht haltbar. Das Londoner Ultimatum vom Mai 1921 sah allerdings vor, daß auch andere Länder einen reparation recovery act einführen könnten, und das Londoner Ultimatum kann insofern wohl noch als fortbestehend angesehen werden, als es nicht mit dem neuen Londoner Abkommen im Widerspruch steht. Ein solcher Widerspruch besteht aber, wenn auch Frankreich jetzt nach englischem Muster von Deutschland eine sechs- bis zwanzigprozentige Exportabgabe fordert. Das Londoner Protokoll spricht in Annex 3 Art. 4, c zwar auch von dem recovery act und hält die Möglichkeit eines gleichen Vorgehens auch für andere Staaten aufrecht, aber lediglich für die Uebergangszeit. Eine Unklarheit besteht höchstens noch über das Fortbestehen des Londoner Ultimatum, so weit es nicht durch das neue Londoner Abkommen abgeändert ist. Soweit es abgeändert ist, werden also formale Gründe gegen das französische Vorgehen durchaus zu Gunsten Deutschlands. Aber noch viel härter sind die materiellen Gründe gegen die Maßnahme Frankreichs. Das Sachverständigenkomitee hatte den Auftrag, die Mittel zur Stabilisierung der deutschen Währung anzufinden. Die deutsche Währung wird aber in allererster Linie durch das Verlangen dieser Exportabgabe von Frankreich gefährdet. Es könnten ja auch andere Staaten kommen und ebenfalls eine solche Exportabgabe von Deutschland verlangen. Wenn man den deutschen Export nach Frankreich vom Jahre 1913 zugrunde legt, so würde die sechs- bis zwanzigprozentige Exportabgabe einen Betrag von 1 Milliarde Mark jährlich ausmachen. Durch eine solche zwanzigprozentige Zahlung würde der Kerngedanke des Londoner Abkommens, den Schutz der deutschen Währung einem verantwortlichen Transfer-Agenten zu übergeben, durchkreuzt. Es erscheint möglich, daß Frankreich sich ein Kompensationsobjekt für die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen hat schaffen wollen, es ist aber unbedenklich, daß Deutschland auf diesem Gebiete Konzeptionen gemacht werden könnten. Die Gründe Frankreichs mögen auf innenpolitischem Gebiete liegen, denn das Ministerium der Finanzen steht mit der Balancierung des französischen Budgets. Es mag sein, daß die Franzosen jetzt bei ihrem Kohlenüberschuß von Deutschland lieber Bar-Geld nehmen als die Kohlenlieferungen, aber der innere Grund wird doch wohl in dem Kampf Frankreichs gegen das englische Vorgehen liegen. Dieser Grund würde aber nicht haltbar sein. England hat nicht durch Kohlenbezug oder Schlichterung von Deutschland eine ähnliche Verdrängung, wie sie Frankreich durch die Kohlenlieferungen aus der Transfer-Rolle genießt. Frankreich würde übrigens keine großen Vorteile aus einer solchen Exportabgabe haben. Der schon viel geringer gewordene deutsche Export nach Frankreich würde unter dieser Exportabgabe zum wirtschaftlichen Schaden beider Länder nur noch mehr zurückgehen. Andererseits erwacht Deutschland keine Wiederbelastung, denn die 26 Prozent Exportabgabe werden aus der Kasse des Transfer-Agenten bezahlt werden müssen. Nach allem bleibt abzuwarten, ob die Franzosen ernstlich gewillt sind, diese Exportabgabe für die Dauer durchzuführen, oder ob sie nur ein taktisches Manöver im Sinne haben.

Ruherräumung und deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin. In unrichtigen politischen Kreisen häufen sich die Informationen, wonach große französische Wirtschaftsgruppen einen steigenden Druck auf die französische Regierung ausüben, um das Tempo der militärischen Ruherräumung abhängig zu machen von dem Erfolg der deutsch-französischen Handelsvertragsbesprechungen. Ein Schritt nach dieser Richtung bedeutet nach deutscher Ansicht das fordern verdrängte Geleis über die Erhebung der sechs- bis zwanzigprozentigen Abgabe von der deutschen Einfuhr in Frankreich. Dieser Schritt ist von der Reichsregierung als eine ziemlich unfreundliche Maßnahme empfunden worden, und die deutschen Unterhändler sind angewiesen worden, dies in den nächsten Besprechungen zum Ausdruck zu bringen. Von Regierungskreisen wird erneut betont, daß nicht daran zu denken sei, deutsche Wirtschaftsinteressen preiszugeben, um eine schnellere Ruherräumung zu erzielen und daß in jedem Falle von deutscher Seite nachdrücklich dagegen Widerstand erhoben würde, falls von französischer Seite irgend ein Zusammenhang zwischen den Wirtschaftsverhandlungen und der Ruherräumung in den Vordergrund der Verhandlungen gestellt würde.

Der Reichskanzler wieder in Berlin.

Berlin. (Funknachricht.) Der Reichskanzler Dr. Marx ist heute vormittag wieder in Berlin eingetroffen.

Lord D'Abernon bei Stresemann.

Berlin. Nach der gestrigen Abend-erfolten Rückkehr Dr. Stresemanns nach Berlin wurde der englische Botschafter Lord D'Abernon in der Dienstwohnung des Außenministers empfangen. Der englische Botschafter teilte Dr. Stresemann den Inhalt des umfangreichen Memorandums der englischen Regierung über die Frage des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund mit. Ueber die Unterredung und über den Inhalt des Memorandums ist bisher nichts bekannt geworden.

Steuererleichterungen für bestimmte Notgebiete.

Berlin. Einzelne Teile des Reiches sind von schweren Wetterkatastrophen heimgeschlagen worden. Der Reichsfinanzminister hat mit Rücksicht auf die Schwere der Katastrophen für bestimmte abgegrenzte Notgebiete, in denen mehr als 50 Prozent der Ernte vernichtet worden ist, außerordentliche Steuererleichterungen in der Steuererleichterung gewährt. Hierdurch hofft der Reichsfinanzminister die Sorgen der Landbevölkerung in den heimgeschlagenen Gegenden zu mildern und dazu beizutragen, daß alle verfügbaren Mittel zur Bekämpfung des Bodens und damit auch zur Wiederherstellung der Steuerkraft der Landbevölkerung verwendet werden.

Oberschlesien im Zeichen der Wahlmüdigkeit.

Das bevorstehende Merkmal der ober-schlesischen Wahlen, das wohl von allgemeiner Bedeutung sein dürfte, ist der starke Stimmrückgang, der sich über alle Parteien hin, allerdings mehr oder minder stark, erstreckt. Es dürfte hierin die allgemeine Unzufriedenheit in den Anschauungen der Wählermassen über Lage und Zukunftsentwicklung zum Ausdruck kommen. Die Folgen der Annahme des Dawes-Gutachtens lassen sich weder nach der einen noch der anderen Seite hin überlegen, und der Wähler wird erst einmal abwarten. Verhältnismäßig am günstigsten ist das Wahlergebnis für die Zentrumspartei, deren Verluste nur ganz geringfügig sind. Ober-schlesien ist und bleibt Zentrumsgbiet, daran ändert der Deutschnationalismus und der Kommunismus nichts, die neben dem Zentrum abgeordnet wiederum in den Reichstag einziehen. Die Verluste der Deutschnationalen halten sich im Rahmen des Durchschnittsrückganges von 20 Prozent. Man hatte bei der in diesem Lager herrschenden Zerfahrenheit, wie sie angesichts der Abstimmung über das Gutachten zum Ausdruck gekommen ist, mit einem stärkeren Rückgang gerechnet. Absolut und prozentual stark ist die Einbuße der Sozialdemokraten. Das ober-schlesische Ergebnis rechtfertigt nicht die Wahlhoffnungen dieser Partei, wie sie in der letzten Zeit immer wieder zum Ausdruck gebracht sind. Katastrophenhaft ist der Stimmrückgang der Kommunisten. Die dort abgeordneten Wähler sind allerdings nicht den Sozialdemokraten, auch nicht, wie man erwartet hatte, den Polen zugute gekommen, sondern zum größten Teil wohl der Rechtswählerpartei und teilweise auch dem Zentrum. Die Wähler des Wollschers und Kumpelcher Kreises haben ebenfalls über den Durchschnitt gehende Verluste zu verzeichnen. Erfreulich ist der sehr beträchtliche Stimmrückgang der Polen, die trotz starker Propaganda und reichem Geldauswand ihr Ziel der Erreichung eines Mandates im Reich nicht erreichen werden. Und das ist erfreulich.

Bei der Reichstagswahl in Oberschlesien ist die Wahlbereitschaft von 74,4 Prozent bei der Hauptwahl auf 59,8 Prozent zurückgegangen. Gewählt sind 3 Mitglieder des Zentrums (Ulrich, Erhardt, Roper), 1 Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (Woll) und 2 Mitglieder der Kommunistischen Partei (Jabalsch und Frau Jabe). Während bei der Hauptwahl der zweite kommunistische Sitz auf den Kreiswahlvorsitz entfiel und demgemäß der Abgeordnete Zenzdorch gewählt war, ergibt sich diesmal das zweite kommunistische Mandat erst auf Grund Berechnung der Mehrstimmen im Wahlkreisverband. Anstelle des bisherigen Abgeordneten Zenzdorch tritt daher Frau Jabe in den Reichstag ein. Der Abgeordnete Schliepke der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, der zur Grund der Mehrstimmen im Wahlkreis Breslau gewählt wurde, verliert diesen Sitz, erhält aber das nächste Mandat auf dem Reichswahlvorsitz seiner Partei. Insgesamt ergibt sich also keinerlei Veränderung in der Stärke der Reichstagsfraktionen.

Der Anteil der einzelnen Parteien an der Gesamtstimmzahl im Vergleich zur Hauptwahl ist folgender:

Partei	Stimmzahl	(bei der Hauptwahl 35) %
Zentrum	42,1	17,8 (18,3)
Deutschnationale Vp.	17,8	7,9 (8,7)
Kommunist. Partei	16,7	7,3 (8,0)
Polnische Volkspartei	7,9	3,5 (3,8)
Sozialdemokr. Partei	4,2	1,8 (2,0)
Natios. Freiheitspartei	2,6	1,1 (1,2)
Deutsche Volkspartei	2,6	1,1 (1,2)
Deut. Dem. Partei	1,7	0,8 (0,8)
Deutschnat. Partei	1,8	0,8 (0,8)

Gegenüber der Hauptwahl ist die Zahl der erhaltenen Stimmen zurückgegangen bei der Zentrumspartei um 3,5 Prozent, der Deutschnationalen Volkspartei 21,8, der Sozialdemokratischen Partei 26,8, der Polnischen Volkspartei 27,2, der Deut. Demokratischen Partei 29,9, der Deutschen Volkspartei 35,9, der Deutschnationalen Partei 37,2, der Nationalsozialistischen Freiheitspartei 37,3, der Kommunistischen Partei 41,9 Prozent.